

Mobilität | Infrastruktur

# Infrastruktur für die Wirtschaft in Unterfranken 2023

vbw

Position  
Stand: Juni 2023

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

## Vorwort

### Gute Standortbedingungen für die Wirtschaft in Unterfranken

Unternehmen in Unterfranken sichern den Wohlstand vor Ort und sind oft weltweit erfolgreich. Wichtige Voraussetzungen dafür liefert eine leistungsfähige Infrastruktur, sowohl am Unternehmenssitz als auch an den Wohnorten der Beschäftigten.

Wir brauchen in Zeiten des Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels bedarfsgerechte Mobilitätsangebote, hochleistungsfähige digitale Netze, eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, flexible Betreuungsangebote für Kinder und ältere Menschen ebenso wie hervorragende Bildungsinstitutionen, innovative Forschungseinrichtungen sowie eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Gesundheitsversorgung.

Unterfranken verfügt auf allen genannten Feldern über wertvolle Stärken, aber die Entwicklung von Infrastruktur ist eine Daueraufgabe. Sie muss immer dem Bedarf, den regionalen Gegebenheiten und den Interessen vor Ort Rechnung tragen. Jede Gestaltung von Infrastruktur ist in technischer, planerischer, finanzieller und in politischer Hinsicht eine Herausforderung. Um die Infrastruktur zukunftsfest aufzustellen, muss der Bedarf der Wirtschaft vor Ort berücksichtigt werden. Daraus entwickelt sich eine sinnvolle Gewichtung der Handlungsfelder und Projekte.

Als Beitrag für die politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse nennt unser aktualisiertes Positionspapier konkrete Infrastrukturprojekte, die die Wettbewerbsfähigkeit der unterfränkischen Unternehmen absichern und die Standortattraktivität des Regierungsbezirks stärken.

Bertram Brossardt  
19. Juni 2023



# Inhalt

<b>1</b>	<b>Position auf einen Blick</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Standort Unterfranken</b>	<b>2</b>
2.1	Wirtschaft und Industrie	2
2.2	Demografische Entwicklung	2
<b>3</b>	<b>Mobilität</b>	<b>4</b>
3.1	Straßen kapazitätsgerecht entwickeln	4
3.2	Schienenverkehr weiterentwickeln	6
3.3	Überregionale Anbindung im Luftverkehr sicherstellen	7
3.4	Binnenwasserstraßen ertüchtigen	7
3.5	ÖPNV – Verbundsystem stärken	7
3.6	Wohnraumangebot verbessern	8
<b>4</b>	<b>Digitale Netze</b>	<b>9</b>
4.1	Gigabitnetze flächendeckend schaffen	9
4.2	Mobilfunknetze ertüchtigen, 5G-Netze flächendeckend realisieren	10
<b>5</b>	<b>Energie</b>	<b>12</b>
5.1	Dezentrale Energieversorgung ausbauen	13
5.2	Netzausbau vorantreiben	13
5.3	Möglichkeiten zur Speicherung von Energie entwickeln	14
<b>6</b>	<b>Wissen und Innovation</b>	<b>15</b>
6.1	Betreuungsangebote kapazitätsgerecht ausbauen	15
6.2	Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten und berufsbildende Schulen demografiefest aufstellen.	16
6.3	Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen	16

6.4	Weiterbildungsangebote an Hochschulen ausbauen	17
6.5	Ansiedelung von Forschungseinrichtungen fördern	18
6.6	Technologietransfer intensivieren	18
<b>7</b>	<b>Gesundheit</b>	<b>20</b>
7.1	Ärzteversorgung flächendeckend erhalten	20
7.2	Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen	21
7.3	Krankenhausinfrastruktur erhalten und weiterentwickeln	22
7.4	Apothekennetz in der Fläche erhalten	22
7.5	Trinkwasserversorgung sichern	23
<b>8</b>	<b>E-Government</b>	<b>24</b>
8.1	Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen	24
8.2	E-Government – regional und kommunal große Unterschiede	25
8.3	Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene	26
	Anhang	27
	Ansprechpartner/Impressum	29

# 1 Position auf einen Blick

## Anliegen zur Infrastrukturentwicklung in Unterfranken

Eine bedarfsgerechte und leistungsstarke Infrastruktur ist wichtig für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Sie muss daher unter besonderer Berücksichtigung der für Teile Unterfrankens absehbar schwierigen demografischen Entwicklung zukunfts-fest ausgebaut werden. Hierzu müssen auf vielen Infrastrukturfeldern Maßnahmen umge-setzt werden.

Die wichtigsten Infrastrukturthemen des Regierungsbezirkes Unterfranken sind die Berei-che Mobilität, digitale Netze und Energie. Die folgenden Projekte haben dabei eine beson-ders hohe Bedeutung:

- Sechsstreifigen Ausbau der A3 von Würzburg-Heidingsfeld bis AK Fürth-Erlangen vollständig fertigstellen
- Sechsstreifigen Ausbau der A 7 zwischen AK Biebelried bis AD Schweinfurt-Werneck vorantreiben
- Durchgängigen Ausbau der B26n von der A70 bis zur A3 realisieren
- Umfassende Ertüchtigung der Schienenmagistrale Frankfurt/M. – Aschaffenburg – Würzburg – Nürnberg vorantreiben
- Glasfaserausbau intensivieren
- Dezentrale Energieerzeugung ausbauen

Unser vorliegendes Positionspapier konzentriert sich auf konkrete Projekte und Heraus-forderungen auf den einzelnen Infrastrukturfeldern. Die vbw hat für alle Handlungsfelder grundlegende Positionspapiere und Studien veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind.

## 2 Standort Unterfranken

### Wirtschaft und Demografie im Regierungsbezirk

#### 2.1 Wirtschaft und Industrie

Unterfranken ist vielfach ländlich geprägt und liegt zwischen den Metropolregionen Frankfurt/Main und Nürnberg.

Die Regiopolregion Mainfranken gehört zu den zehn führenden Hightech-Standorten in Europa. Würzburg punktet als Regionalzentrum mit seinem Dienstleistungssektor, Schweinfurt unter anderem mit seiner Metall- und Elektroindustrie.

Der Bayerische Untermain mit dem Oberzentrum Aschaffenburg gehört bayernweit zur Spitzengruppe der Wirtschaftsräume. Die enge Vernetzung mit der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main, der Anschluss an den Flughafen Frankfurt und die Nähe zu Autobahn- und Schienenkreuzen sind sehr vorteilhaft.

Unterfranken insgesamt zeichnet sich durch hohe Dynamik aus und ist in den Bereichen Arbeitsmarkt, Leben und Wohnen besonders attraktiv.

Der Maschinen- und Anlagenbau, die Automobilzulieferindustrie sowie die Nahrungs-, Getränke- und Futtermittelindustrie bilden wichtige Branchenschwerpunkte und haben einen spürbar höheren Beschäftigtenanteil als im bayerischen Durchschnitt. Unterfranken hat darüber hinaus besondere Stärken in den Bereichen Energie und Umwelt, Künstliche Intelligenz, Robotik, Neue Materialien und Kunststoff, Bildung, Tourismus und Weinbau.

Die gut 1,3 Millionen Einwohner Unterfrankens verteilen sich auf neun Landkreise und die drei kreisfreien Städte Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg. Insgesamt verfügt Unterfranken über 305 kreisangehörige Gemeinden, Städte und Märkte (davon zwei große Kreisstädte, Bad Kissingen und Kitzingen).

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrug 2020 rund 40.451 Euro, es stieg allein zwischen 2010 und 2020 um 27,5 Prozent. 65,2 Prozent der Bruttowertschöpfung 2020 wurde im Dienstleistungssektor erwirtschaftet und 33,7 Prozent im produzierenden Gewerbe, davon 26,9 Prozent in der Industrie. Die Arbeitslosigkeit lag im Jahresdurchschnitt 2022 bei 3,0 Prozent und damit leicht unter dem bayernweiten Durchschnitt von 3,1 Prozent.

#### 2.2 Demografische Entwicklung

Die vom Bayerischen Statistischen Landesamt Anfang 2023 vorgelegte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2041 zeigt für Unterfranken einen positiven Trend: Bis 2041 wird mit einer Bevölkerungszunahme von knapp 5.300 (0,4 Prozent;

Standort Unterfranken

vgl. Tabelle 1) auf knapp 1,325 Millionen Einwohner gerechnet, was insbesondere dem positiven Wanderungssaldo in allen Landkreisen und kreisfreien Städten zu verdanken ist.

Die demografischen Indikatoren geben einen wichtigen Hinweis für den Handlungsbedarf auf einzelnen Infrastrukturfeldern. Bis 2041 wächst das Durchschnittsalter in Unterfranken um 1,7 Jahre auf 46,8 Jahre. Gleichzeitig nimmt auch der Altenquotient<sup>1</sup> um 13,8 Prozentpunkte auf 51,9 Prozent zu. Damit geht ein zunehmender Bedarf an wohnortnaher Gesundheitsversorgung sowie stationären und ambulanten Pflegeangeboten einher.

Positiv zu bewerten ist der um 3,5 Prozentpunkte auf 33,7 Prozent steigende Jugendquotient<sup>2</sup>. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung in den Kreisen und kreisfreien Städten. Der ebenfalls zunehmende Jugendquotient lässt auf einen wachsenden Bedarf an Betreuungsangeboten für Kinder in Kitas und Schule schließen.

Abbildung 1

Demografische Entwicklung in Unterfranken 2021 bis 2041

	Bevölkerungs- entwicklung [Prozent]	Entwicklung Altenquotient [Prozentpunkte]	Entwicklung Jugendquotient [Prozentpunkte]	Entwicklung Durchschnitts- alter [Jahre]
<b>Bayern</b>	+5,4	+10,6	+3,0	+1,3
<b>Unterfranken</b>	+0,4	+13,8	+3,5	+1,7
Aschaffenburg (S)	+3,2	+11,1	+1,6	+1,8
Schweinfurt (S)	-3,0	+8,0	+1,2	+1,4
Würzburg (S)	+0,8	+4,4	+3,0	+0,5
Aschaffenburg	+0,9	+15,3	+3,5	+1,7
Bad Kissingen	-1,1	+16,9	+4,0	+1,8
Rhön-Grabfeld	-3,1	+16,9	+4,6	+1,6
Haßberge	-1,3	+18,7	+3,3	+2,4
Kitzingen	+4,6	+15,3	+3,0	+2,1
Miltenberg	-0,5	+16,7	+4,1	+1,8
Main-Spessart	-2,6	+18,6	+4,4	+2,0
Schweinfurt	+1,6	+13,4	+4,3	+1,3
Würzburg	+2,8	+12,8	+4,1	+1,5

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2041; Zahlen zum 31.12. des jeweiligen Jahres; eigene Darstellung; (S) Kreisfreie Stadt, übrige: Landkreis.

<sup>1</sup> Anteil der über 64-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.  
<sup>2</sup> Anteil der unter 20-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

## 3 Mobilität

### Mobilitätsinfrastruktur integriert und bedarfsgerecht weiterentwickeln

#### Zentrale Projekte der Mobilitätsinfrastruktur

---

1. Sechsstreifigen Ausbau der A3 von Würzburg-Heidingsfeld bis AK Fürth-Erlangen vollständig fertigstellen
  2. Sechsstreifigen Ausbau der A7 zwischen AK Biebelried bis AD Schweinfurt-Werneck vorantreiben
  3. Durchgängigen Ausbau der B26n von der A70 bis zur A3 realisieren
  4. Weiterentwicklung der Schieneninfrastruktur am Knotenpunkt Würzburg mit umfassender Ertüchtigung der Schienenmagistrale Frankfurt/M. – Aschaffenburg – Würzburg – Nürnberg vorantreiben
  5. Erweiterung des ÖPNV-Verbundsystems im Großraum Würzburg auf die Region Main-Rhön mit Schaffung eines gemeinsamen Tarifverbundes
  6. Ausbau der Fahrzeug-Ladeinfrastruktur für Strom und Wasserstoff
- 

#### 3.1 Straßen kapazitätsgerecht entwickeln

Die A3 ist die Hauptschlagader im unterfränkischen Verkehrsnetz und gehört mit täglich ca. 70.000 Fahrzeugen zu den verkehrs- und staureichsten Fernstraßen bundesweit. Derzeit wird sie bis zum Kreuz Fürth-Erlangen durchgehend sechsstreifig weiter ausgebaut. Dieser Ausbau ist mit Nachdruck weiter zu verfolgen.

Hohe Priorität hat auch der sechsstreifige Ausbau der A7 zwischen AK Biebelried bis AD Schweinfurt-Werneck. Er soll das staureiche AK Biebelried bis zum AD Schweinfurt-Werneck und die Stadt Würzburg vom Durchgangsverkehr entlasten.

An den Autobahnen A3 und A7 sind zudem für LKW und Reisebusse weitere Parkplatzkapazitäten zu schaffen – insbesondere an den Tank- und Rastanlagen. An der A45 fehlen Rastplätze, PWC-Anlagen und Stellplätze für LKW und Omnibusse.

Tabelle 1 zeigt die Straßenbauprojekte in Planung oder Bau. Diese Projekte müssen zügig vorangetrieben bzw. abgeschlossen werden.

Tabelle 1

## Straßenverkehrsprojekte in Planung oder Bau

Straße	Projekt	EP	BRGV	B
A7	6-streifiger Ausbau AK Biebelried bis AD SW-Werneck			S Q2 2020
B26	Ausbau B 469 – Aschaffenburg	S Q1 2022		
B26n	Karlstadt – AK Schweinfurt/Werneck (A7), BA 1		S Q3 2022	
	Karlstadt – AK Schweinfurt/Werneck (A7), BA 2	S Q4 2019		
B286	Bad Kissingen – B 19	S Q3 2015		
	Bad Kissingen – B 19 BA II	S Q4 2018		
B426	OU Mömlingen	S Q1 2021		
B469	Ausbau A3 – Kreisstraße AB16		S Q4 2020	

Quelle: Eigene erweiterte Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr und der Autobahn GmbH. Q1 – Q4 = Quartale; A = abgeschlossen; S = gestartet; EP = Entwurfsplanung; BRGV = Baurechtliches Genehmigungsverfahren; B = Bau.

Wichtig ist auch der durchgängig einbahnig zweistreifige Ausbau mit abschnittswisen Überholstreifen der B26 als Verknüpfung der Autobahnen A7, A70 und A71 im Raum Schweinfurt und der Autobahnen A3 und A81 im Raum Würzburg. Dadurch würde ein notwendiger Lückenschluss im Fernstraßennetz und eine wichtige Erschließung für den Landkreis Main-Spessart geschaffen. Darüber hinaus hat das Projekt eine Entlastungsfunktion für das gesamte Straßennetz im Großraum Würzburg.

Ähnlich wichtig ist der Ausbau der B26 vom Hafen Aschaffenburg bis zur B469 mit Ausbau der Knotenpunkte Hafen-West und Hafen-Mitte. Mit dem Ausbau der B26 (Darmstädter Straße) im Bereich des Aschaffener Hafens wurde inzwischen begonnen.

Notwendig sind auch zusätzliche Parkplatzkapazitäten an den Hauptbahnhöfen in Würzburg und Aschaffenburg.

In Würzburg sollte der Greinbergknoten wegen der vielen Staus ausgebaut werden.

Weitere Straßenverkehrsprojekte – darunter einige Ortsumgehungen (OU) – sind dringend anzugehen, die teilweise bereits im Bundesverkehrswegeplan 2030 unter „vordringlicher Bedarf / Engpassbeseitigung“ [BVWP] stehen (Tabelle 3).

Immer wichtiger wird eine flächendeckende Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge sowie der Aufbau von Wasserstofftankstellen. Hier sind besondere Anstrengungen nötig.

Das Radwegenetz sollte weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus gilt es, einen Fahrrad-schnellweg Miltenberg – Aschaffenburg – Hanau – Frankfurt zu schaffen.

Tabelle 2

## Weitere notwendige Straßenverkehrsprojekte für Unterfranken

<b>Straße</b>	<b>Projekt</b>
B19	OU Giebelstadt – Euerhausen (BVWP/V)
B26	OU Gemünden (BVWP/V)
B279	OU Saal a. d. Saale (BVWP/V)
B287	OU Nüdlingen (BVWP/V)
B469	Ausbau A3 – A45 (BVWP/V)
B19	OU Giebelstadt – Euerhausen (BVWP/V)

Quelle: Eigene erweiterte Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. BVWP/V = Bundesverkehrswegeplan vordringlicher Bedarf.

### 3.2 Schienenverkehr weiterentwickeln

Eine gute Schieneninfrastruktur ist für die Unternehmen und Beschäftigten von großer Bedeutung. Der Würzburger Hauptbahnhof ist ein zentraler Verkehrsknotenpunkt in Deutschland und gleichzeitig teilweise ein Flaschenhals im deutschen Hochgeschwindigkeitsnetz, weil die Strecken hoch ausgelastet sind. Das gilt vor allem für den Güterverkehr. In Unterfranken sind folgende Projekte zu priorisieren:

- Weiterentwicklung der Schieneninfrastruktur, insbesondere des Knotenpunktes Würzburg; dabei umfassende Ertüchtigung der Schienenmagistrale Frankfurt/M. – Aschaffenburg – Würzburg – Nürnberg vorantreiben
- Ausbau des Fernverkehrsangebots auf der Relation Berlin – Erfurt – Coburg – Bamberg – Schweinfurt – Würzburg – Stuttgart
- Ertüchtigung der Achse Fulda – Bad Kissingen – Schweinfurt – Würzburg
- Bessere Anbindung Schweinfurts über Würzburg zum Flughafen Frankfurt
- Neugestaltung des Bahnhofareals Würzburg
- Elektrifizierung der Maintalbahn von Aschaffenburg bis Miltenberg

Folgende wichtige Projekte wurden in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 eingestellt:

- ABS/NBS Hanau – Nantenbach
- ABS Burgsinn – Gemünden – Würzburg – Nürnberg
- ABS/NBS Hanau – Würzburg / Fulda – Erfurt

Die Planung und Umsetzung für die genannten Projekte muss zügig angegangen werden. Darüber hinaus gilt es, die Bahnverbindung Würzburg-Stuttgart auszubauen und Takt-

verbesserungen zu erreichen. Daneben ist aber auch die Instandhaltung bzw. Instandsetzung regionaler Trassen erforderlich.

### 3.3 Überregionale Anbindung im Luftverkehr sicherstellen

Unterfranken verfügt nicht über einen eigenen Großflughafen, sondern liegt zwischen dem International Airport Frankfurt/Main im Westen und dem Flughafen in Nürnberg. Beide Flughäfen sind zwar über die Bundesautobahnen und die Bahn relativ gut erreichbar, allerdings sind bei der Bahn Taktung und Pünktlichkeit optimierbar. Dennoch ist der Erhalt und Ausbau der Verkehrslandeplätze Giebelstadt (bei Würzburg), Großostheim (bei Aschaffenburg) und Haßfurt-Schweinfurt erforderlich.

### 3.4 Binnenwasserstraßen ertüchtigen

Es ist wichtig, dass der Main für den nationalen und internationalen Transport wettbewerbsfähig ertüchtigt wird. Bereits seit 1999 laufen auf dem Main zwischen Würzburg und Bamberg Maßnahmen für den Ausbau der bislang 2,50 m tiefen Fahrrinne auf 2,90 m. Von Würzburg bis Volkach sind die Arbeiten weitgehend abgeschlossen. Darüber hinaus ist es erforderlich, dass der Main bis Bamberg weiter ausgebaut wird.

### 3.5 ÖPNV – Verbundsystem stärken

Für eine gute Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Bildungs-, Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen ist ein leistungsfähiger und flächendeckend koordinierter ÖPNV insbesondere im ländlichen Raum von großer Bedeutung für die Mobilität – sowohl für Mitarbeiter als auch für Schüler und Senioren. Ein bezahlbarer ÖPNV bedeutet Mobilität und Unabhängigkeit. Er muss als Teil eines ganzheitlichen, multi- bzw. intermodalen und modernen Mobilitätskonzepts erhalten und vor dem Hintergrund der Energiewende bedarfsgerecht ausgebaut werden. Hierzu gehören auch neue Antriebstechniken wie Elektromobilität und Wasserstoff sowie alternative Verkehrsangebote wie zum Beispiel das CarSharing oder Ruftaxen. Folgende Projekte sind wichtig:

- Erweiterung des ÖPNV-Verbundsystems im Großraum Würzburg auf die Region Main-Rhön mit Schaffung eines gemeinsamen Tarifverbundes
- Anschließend: Anbindung des Verkehrsverbunds Mainfranken an die Verkehrsverbünde Nürnberg und Frankfurt
- ÖPNV-Angebote: Bedarfsgerechte Anbindung von Schulstandorten und Arbeitsplätzen (insbesondere Bus- und Shuttleangebote)
- Ausbau der Park&Ride-Systeme in Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg inklusive Ladeinfrastruktur für Elektro-/Wasserstofffahrzeuge
- Bessere Verknüpfung der Fuß- und Radverkehre, des ÖPNV sowie des Schienen- und Straßenverkehrs
- Weiterer Ausbau des Würzburger Hauptbahnhofareals zu einer integrierten Mobilitätsdrehscheibe

- Bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Würzburger Straßenbahnnetzes (z. B. Straßenbahnlinien 1, 5 und 6)
- Beschleunigung des ÖPNV auf der Kahlgrundbahn Schöllkrippen – Hanau

Darüber hinaus muss eine bessere Anbindung des Regionalverkehrs an die Fernverkehrsverbindungen erreicht werden. Speziell im Großraum Schweinfurt fehlen bis auf wenige Ausnahmen umsteigefreie Stadt-Land-Busverbindungen und ein enger Verbund mit der Bahn.

Wichtig ist, dass das ÖPNV-System im Großraum Würzburg zeitnah räumlich um die Region Main-Rhön erweitert, eine deutliche Taktverdichtung erreicht und das Busnetz sowie zum Teil auch das Schienennetz überplant werden. Die Oberzentren müssen speziell in den Kernzeiten aus einem Umkreis von bis zu ca. 30 Kilometern mit einer Taktung von mind. 30 Minuten aus allen Richtungen erreichbar sein.

Das Beispiel der Stadt Würzburg (Mobilitätskonzept „Besser leben im Bischofshut“) zeigt, dass die Städte inzwischen zumindest teilweise dazu neigen, den motorisierten Pendlerverkehr aus dem Umland aus den Zentren zu verdrängen oder auszudünnen. Zum Teil werden Stellplätze für PKWs aufgelöst, ohne Ersatz z. B. durch den Bau zusätzlicher Parkhäuser zu schaffen. Es ist jedoch für die Wirtschaft und hier vor allem für den Handel von existenzieller Bedeutung, dass die Oberzentren erreichbar bleiben – erst recht, bis der Ausbau und die Taktverdichtung des ÖPNV (und zentrumsnah des Radwegenetzes) umgesetzt sind. Dies betrifft sowohl die Straßenführung wie auch die Verfügbarkeit ausreichender Parkmöglichkeiten für Pendler und Besucher der Innenstadt.

### 3.6 Wohnraumangebot verbessern

Es sollte vermieden werden, dass zusätzlicher Mobilitätsbedarf allein dadurch ausgelöst wird, dass ein bestehender Wohnraumbedarf nicht gedeckt werden kann. Das Angebot an Wohnraum ist in einigen Städten und Kommunen nicht ausreichend, wenn man als Kriterium den in § 201a Baugesetzbuch definierten „angespannter Wohnungsmarkt“ zugrunde legt.

In Unterfranken weisen die kreisfreien Städte Würzburg und Aschaffenburg, die Stadt Detelbach, die Märkte Stockstadt am Main, Abtswind, Albertshofen und Rüdenshausen sowie die Gemeinden Martinsheim und Wiesenbronn einen angespannten Wohnungsmarkt auf. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, das Angebot an Wohnraum in den betroffenen Kommunen zu verbessern. Der Bayerische Ministerrat hat im September 2022 die Gebietsbestimmungsverordnung Bau beschlossen. Damit soll die Schaffung von Wohnungen durch Nachverdichtung und Aufstockung von Wohngebäuden erleichtert werden, ohne dass vorher der Bebauungsplan geändert werden muss. Zur Verbesserung des Wohnraumangebots ist darüber hinaus der Ausweis zusätzlicher Baugebiete erforderlich. An den Hochschulstandorten Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg muss die Zahl an Wohnheimplätzen für Studierende und Berufsschüler ausgeweitet werden.

## 4 Digitale Netze

### Flächendeckenden Ausbau von Gigabitnetzen und 5G-Mobilfunk in den Kommunen konstruktiv begleiten

Die vbw tritt gegenüber Bund und Freistaat für weiterhin ehrgeizige Ausbauziele für die digitalen Netze, effiziente Förderpolitik, schnelle und einfache Genehmigungsverfahren und Bauprozesse sowie Werbung für mehr Akzeptanz von Mobilfunkanlagen ein. Im Jahr 2025 sollte Bayern mit Glasfaser und 5G Mobilfunk erschlossen sein. Die kommunale Ebene hat dabei sowohl beim Umgang mit Fördermöglichkeiten als auch bei Genehmigungsprozessen eine Schlüsselrolle.

#### Digitale Netze – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

---

1. Notwendige Genehmigungen für Glasfaserleitungen und Mobilfunkmasten rasch erteilen, bei Problemen betreiberfreundlich vorgehen
  2. Fördermöglichkeiten zum Ausbau der Glasfaser- und 5G-Infrastruktur konsequent nutzen
  3. Insbesondere auch auf Glasfaseranschlüsse für Unternehmen achten
  4. Bürgerbedenken gegen den Ausbau vor allem der Mobilfunknetze und unter Einbindung der an den Netzen interessierten Bürgerschaft aufklärend entgegenzutreten
- 

#### 4.1 Gigabitnetze flächendeckend schaffen

Die vbw hat den Ausbaustand des digitalen Festnetzes in Bayern mit einem Update der Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern* zuletzt für das Jahr 2022 untersucht. Leider war – und ist bis heute – der dazu vom Bund zur Verfügung gestellte Datenstand unzureichend: Der Versorgungsgrad wird aufgrund nicht gemeldeter Daten deutlich unterzeichnet. Generell lässt sich sagen: Die Netze machen sichtlich Fortschritte, Bayern und seine Regionen stehen im Bundesvergleich gut da. Allerdings haben die halbstädtischen ebenso wie die ländlichen Räume gegenüber den Städten nach wie vor deutlich aufzuholen, die Anbindung von Gewerbegebieten liegt spürbar unter der von Haushalten. Bis zu einer flächendeckenden Erschließung mit Glasfaser ist noch ein weiter Weg zurückzulegen.

Angesichts der schlechten Datenlage ist eine Darstellung der Versorgungslage auf regionaler Ebene nicht möglich. Allerdings kann trotz großer Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen davon ausgegangen werden, dass die oben zusammengefassten Ergebnisse für jeden Regierungsbezirk Bayerns zutreffen.

Die Ausbaufortschritte der letzten wie auch der nächsten Jahre stützen sich einerseits auf den laufenden marktgetriebenen Ausbau durch die Netzbetreiber, andererseits auf durch die Kommunen abgewickelte Ausbauförderung des Freistaates Bayern und des Bundes. Tabelle 3 zeigt auf, wie stark die Kommunen Unterfrankens dabei auf die bayerische Gigabit-Förderung setzen.

**Tabelle 3**
**Aktivitäten unterfränkischer Kommunen im Gigabit-Förderprogramm**

	<b>Verfahren gestartet, davon →</b>	<b>Bestandsauf- nahme</b>	<b>Auswahlver- fahren</b>	<b>Zuwendungs- bescheid</b>	<b>In Betrieb</b>
01.01.2021	97	93	3	1	0
01.01.2022	191	84	100	7	0
04.08.2022	234	103	86	45	0
17.05.2023	266	119	36	110	1

Quelle: Bayerisches Breitbandzentrum (2022), Datenstand: 17.05.2023;  
 22 Kommunen haben Verfahren ausgesetzt, in der Regel da Betreiber eigenwirtschaftlich ausbauen oder da andere Förderinstrumente für die Kommune attraktiver waren.

Die Bundesregierung sieht eine vollständige Erschließung mit Glasfaser in der Fläche für das Jahr 2030 vor. Unterfranken und seine Kommunen sollten darauf abstellen, dieses Ziel schon 2025 zu erreichen und insbesondere Unternehmen schnellstmöglich an das Glasfasernetz anzubinden. Dazu muss kommunales Engagement in der Glasfaserförderung das marktgetragene Geschehen weiter überall dort ergänzen, wo es an Grenzen stößt oder notwendigen Ausbau zu lange nicht darstellen kann.

Die Förderprogramme von Freistaat und Bund und die beratende Unterstützung des bayerischen Breitbandzentrums ermöglichen es den Kommunen, diesen Beitrag mit überschaubarem Aufwand zu erbringen.

## 4.2 Mobilfunknetze ertüchtigen, 5G-Netze flächendeckend realisieren

Die vbw *Studie Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur* (Januar 2023) zeigt, dass die LTE-Empfangsqualität in vielen Teilen Unterfrankens gut ist und auch das Mobilfunknetz der 5. Generation (5G) Fortschritte macht. Nach wie vor gibt es jedoch Regionen mit weißen bzw. grauen Flecken, also unzureichender Mobilfunkversorgung.

Die Bayerische Staatsregierung hat Ende 2018 ein Mastenförderprogramm gestartet, das Kommunen und Netzbetreiber beim Ausbau der Mobilfunknetze vor Ort unterstützt,

## Digitale Netze

wenn aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit bisher keine hinreichende Versorgung besteht. Bis zum 06. Mai 2023 haben 91 Gemeinden einen Förderbescheid erhalten. Auf Unterfranken entfallen sieben, also knapp acht Prozent. Dieses Engagement ist ein wichtiger Beitrag zur Schließung von Lücken im Mobilfunknetz und muss rasch vorangetrieben werden.

Das Mastenförderprogramm kann allerdings nur in sehr speziellen Konstellationen zur Anwendung kommen. Vielfach geht es bei Lückenschlüssen im Netz nicht um Förderung, sondern um die Genehmigung von Standorten für Masten durch Kommunen. Soweit solche Genehmigungen erforderlich sind, stehen Kommunen in der Verantwortung, sie auch schnell und verlässlich zu erteilen. Bürgerbedenken, die immer wieder Zubauvorhaben im Wege stehen, sollte über die bayernweite Kampagne *Bayern spricht über 5G* des bayerischen Wirtschaftsministeriums hinaus auch mit zusätzlicher Aufklärung vor Ort begegnet werden.

Ziel muss es sein, das 5G-Netz in jeder Region Bayerns möglichst schnell flächendeckend auszurollen, insbesondere auch an Verkehrswegen. Im Jahr 2025 sollten Netzlücken der absolute Ausnahmefall sein und nur noch dort auftreten, wo objektive Gründe einem Ausbau bisher entgegenstanden. Positiv ist insofern auch die geplante Änderung der Bayerischen Bauordnung zu werten, durch die der Bau von neuen Mobilfunkmasten einfacher werden soll.

## 5 Energie

### Sichere, nachhaltige und umweltverträgliche Energieversorgung schaffen

Die Energiekrise im Zuge des Russland-Ukraine-Krieges trifft Bayern mit voller Wucht. Die Preise für Erdgas und Strom sind massiv gestiegen und belasten die Unternehmen. Zusätzlich drohen vorübergehende Engpässe bei der Erdgasversorgung, wenn die Einspar- und Substitutionsbemühungen nicht ausreichend fruchten. Parallel muss die Energiewende auch am Standort Unterfranken vorangebracht werden.

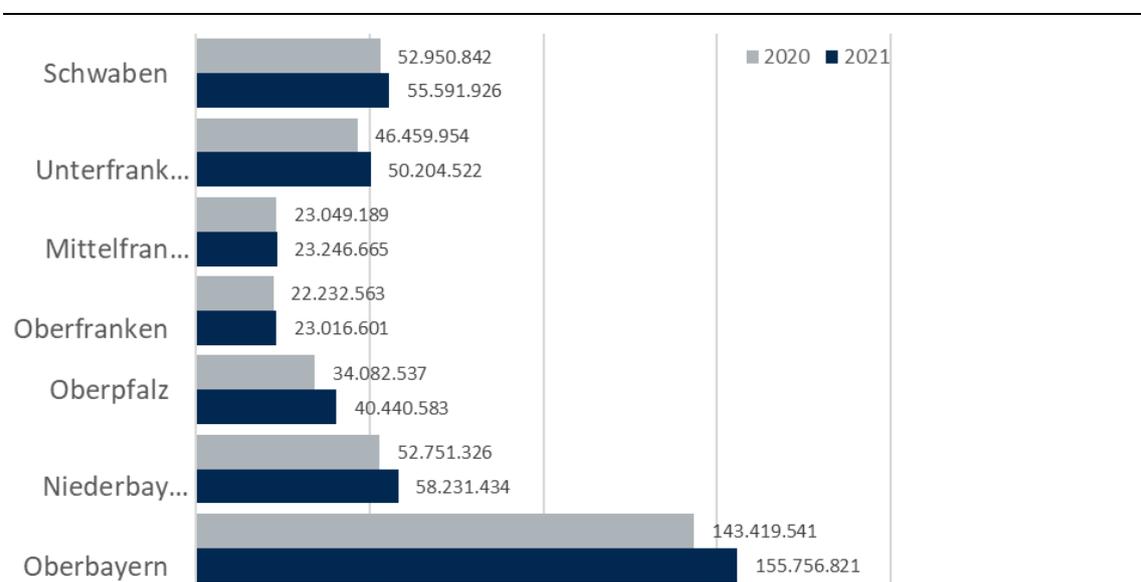
#### Zentrale Forderungen

1. Ausbau der dezentralen Energieerzeugung
2. Vorantreiben des Netzausbaus

Abbildung 2 zeigt den Energieverbrauch des verarbeitenden Gewerbes in den Regierungsbezirken. Energieintensiv sind vor allem die Metall- und Elektroindustrie, Gießereien sowie Papier- und Glasfabriken, die hohe wirtschaftliche Bedeutung besitzen und zehntausende Arbeitsplätze in Unterfranken sichern. Hier ist der Verbrauch so hoch wie in Ober- und Mittelfranken zusammen.

Abbildung 2

#### Energieverbrauch Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau in Bayern



Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt; eigene Darstellung (Angaben in Tausend Gigajoule).

## 5.1 Dezentrale Energieversorgung ausbauen

Die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien hat in Unterfranken zugenommen – insbesondere bei Windenergie und Photovoltaik. Damit ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch in Unterfranken von 42 Prozent (31. Dezember 2016) auf 44,4 Prozent (31. Dezember 2021) angestiegen. Die Entwicklung bei den einzelnen Energieträgern ist aus der nachfolgenden Tabelle 4 abzulesen.

Tabelle 4

Ausbau der erneuerbaren Energien in Unterfranken

	<b>Anlagen 31.12.2021</b>	<b>Anlagen 31.12.2016</b>	<b>Installierte Leistung 31.12.2021</b>	<b>Installierte Leistung 31.12.2016</b>
Windenergie*	258	238	593 MW	521 MW
Photovoltaik	Dach: 60.283 Frei: 320	42.000	Dach: 1.007 MWp Frei: 681 MWp"	1.140 MWp
Biomasse	184	196	143 MW	102 MW
Wasserkraft	266	269	107 MW	109 MW

Quelle: Energie-Atlas Bayern, Bayerisches Landesamt für Umwelt

\* Anlagen mit mehr als 70 kW; Photovoltaik: Dach = Dachflächen, Frei = Freiflächen

Folgende Aufgaben sind mit Nachdruck zu verfolgen:

- Ausweisung weiterer Flächen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen
- Nutzung und Umsetzung der Erkenntnisse aus bestehenden Solar-Parks für die Errichtung weiterer Anlagen
- Schneller Ausbau der Windenergie an geeigneten Standorten in Unterfranken
- Bau weiterer regionaler Biogasanlagen mit Abwärme-Nutzung
- Potenziale bei der Biomethanproduktion heben
- Ausbau und Nutzung der Geothermie an geeigneten Standorten
- Nutzung der Rohstoffreserve Holz (z. B. in Energiegenossenschaften für Bäder, Schulen, Behörden, Innenstadtgebiete, Kaskadennutzung)
- Modernisierung bestehender Wasserkraftanlagen, Suche und Entwicklung neuer Standorte

## 5.2 Netzausbau vorantreiben

Die Netzinfrastruktur ist Schlüsselement und Achillesferse der Energiewende zugleich. Gerade Unterfranken mit seiner starken industriellen Struktur ist auf einen schnellen und

## Energie

reibunglosen Bau der Stromautobahnen angewiesen. Nur so kann zukünftig Strom aus anderen Teilen Deutschlands (z. B. den Windparks in Nord- und Ostsee) und aus dem Ausland nach Bayern transportiert oder bei starker Sonneneinstrahlung und/oder sehr hoher Windhöflichkeit zeitweise entstehende Übermengen an Strom aus Bayern abtransportiert werden. Deshalb muss neben zügigen Fortschritten im Netzzubau die Nutzung des Bestandsnetzes optimiert werden, zum Beispiel mit Hilfe intelligenter (digitaler) Lösungen wie virtuellen Kraftwerken, Smart Grids und Smart Meter.

Um eine dauerhafte und sichere Energieversorgung zu garantieren, müssen folgende Aufgaben im Leitungsausbau abgearbeitet werden:

- Bau des SuedLinks: Absicherung der Stromversorgung von Norden nach Süden und zu unseren Nachbarländern
- Aufrüstung der unterfränkischen Mittelspannungsleitungen und regionalen Niederspannungsleitungen für die dezentrale Energieversorgung
- Weiterentwicklung des Stromnetzes zu einem intelligenten, zur Verbrauchssteuerung fähigen Netz, auch um höhere Netzschwankungen auszugleichen
- Etablierung intelligenter Energienetze und Netzplattformen
- Energiespeicherung: Technologien weiterentwickeln, Speicher realisieren
- Integration einer flächendeckenden Versorgung mit Ladeinfrastruktur für Elektromobile, die dem geplanten Hochlauf der Elektromobilität entspricht

Um den politisch gewollten Hochlauf der Elektromobilität zu ermöglichen, wird ein sicheres, verfügbares und erschwingliches Netz von Ladesäulen in Unterfranken und darüber hinaus benötigt. Dazu sind folgende Punkte wichtig:

- Flächendeckende Lademöglichkeiten für den Alltag (z. B. zu Hause, beim Arbeitgeber, beim Einkaufen, bei Freizeiteinrichtungen)
- Ein ergänzendes Schnellladenetz für den spontanen und überregionalen Bedarf (z. B. an geografischen Knotenpunkten, in industriellen Zentren oder entlang der Autobahnen)

### 5.3 Möglichkeiten zur Speicherung von Energie entwickeln

Notwendig ist der Bau neuer Energiespeicheranlagen, um die unregelmäßig anfallende Strombereitstellung aus Wind- und Solarenergie in Überschussphasen aufzunehmen und in das Versorgungssystem zu integrieren. Die Möglichkeiten der Energiespeicherung müssen technologieoffen diskutiert werden. Infrage kommen sowohl klassische Methoden, wie z. B. Wasserkraftwerke an geeigneten Stellen. Notwendig ist aber auch der Einsatz moderner Technologien, wie Power-to-Gas, bei der Energie zur Herstellung von Wasserstoff genutzt wird. Unumgänglich ist es, eine Wasserstoff-Infrastruktur für die Erzeugung und den Transport zum Aufbau einer regionalen grünen Wasserstoffwirtschaft zu realisieren.

## 6 Wissen und Innovation

### Bildungsinfrastruktur weiterentwickeln, Wissensinfrastruktur stärken

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Anliegen in Unterfranken, um für Angehörige den Zugang zum Arbeitsmarkt weiter zu verbessern.

Die unterfränkische Wirtschaft mit ihren vielen Hidden Champions benötigt einen direkten und unbürokratischen Zugang zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen, um neue Ideen zu entwickeln und Innovationen zu realisieren.

#### Zentrale Forderungen bei Betreuung, Bildung und Innovationsinfrastruktur

---

1. Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder ausweiten
  2. Internationale Schule für die Region Aschaffenburg aufbauen
  3. Rhythmisierte Ganztagslösungen über alle Formen allgemeinbildender Schulen hinweg ausbauen
  4. Campus der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt (THWS) zur Gewinnung internationaler Fachkräfte weiter ausbauen (i-Campus)
  5. Industry on Campus: Raum für Unternehmen direkt auf dem Campus der THWS im Center für Robotik in Schweinfurt schaffen, wie es im Konzept zur intelligenten Fabrik (i-Factory) vorgesehen ist
  6. Hochschulstandort Würzburg zum Hotspot für Künstliche Intelligenz (KI-Knoten) inklusive eines Instituts für Data Science an der Uni Würzburg sowie des Kompetenzzentrums für Artificial Intelligence in der Robotik (CAIRO) an der THWS Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt weiterentwickeln
  7. Bau eines neuen Gebäudes für das CERi Center für Robotik an der THWS Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt
- 

#### 6.1 Betreuungsangebote kapazitätsgerecht ausbauen

Eine bedarfsgerechte Betreuung für Kinder ist zur Erhaltung und Steigerung der Erwerbstätigkeit der Angehörigen zu sichern. Es bedarf hier eigener Angebote von Freistaat und Kommunen ebenso wie einer angemessenen Unterstützung privater Initiativen und flexibler Kooperationen zwischen Betreuungseinrichtungen und Unternehmen.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, sind folgende Aufgaben anzugehen:

- Bedarfsgerechte Entwicklung von Ganztagsbetreuungsangeboten in allen Regionen
- Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren – vor allem in den ländlichen Regionen

- Beseitigung von Betreuungsengpässen in folgenden Zeiträumen, orientiert an den Arbeitsverpflichtungen der Eltern:
  - Tagesrandzeiten und Wochenenden (entscheidend vor allem für Beschäftigte in den Bereichen Dienstleistung, Pflege, Gastronomie)
  - Schulferien (betrifft überwiegend Angebote außerhalb der Kindertagesstätten)
  - Schließtage in Kinderkrippen und Kindertagesstätten

## 6.2 Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten und berufsbildende Schulen demografiefest aufstellen.

Allgemein muss auch das bayerische Bildungssystem von der Vorschule und der Schule über die berufliche Bildung bis hin zur Weiterbildung und Hochschule ständig fortentwickelt, die Bildungsqualität weiter verbessert und die Bildungsbeteiligung erhöht werden. Gerade im ländlichen Raum Unterfrankens geht es neben Vielfalt und Qualität der Bildungsangebote insbesondere um flexible Öffnungszeiten, ganztägige Betreuung und rhythmisierte Ganztagsangebote über alle Schulformen hinweg. Dabei erzeugt der demografische Wandel einen besonderen Anpassungsdruck, dem durch flexible Instrumente, wie z. B. Schulk Kooperationen oder jahrgangsgemischte Klassen, entgegnet werden kann. Ziel muss es bleiben, wohnortnahe Schulangebote in der Fläche zu erhalten.

Angesichts des raschen technologieinduzierten Wandels ist die technikoffene und branchenspezifische Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen und Anpassung an die Anforderungen der digitalen Transformation erforderlich.

Dazu muss die Digitalisierung an allen Schulformen weiter vorangetrieben und das Netzwerk zwischen Schulen und Wirtschaft intensiviert werden. Um die Entwicklung digitaler Kompetenzen der Schüler zu stärken, muss die Qualifizierung der Lehrkräfte im Bereich der digitalen Bildung vom Studium über das Referendariat bis zur Fortbildung phasenübergreifend umgesetzt und Konzepte für einen erfolgreichen digitalen Unterricht verstärkt entwickelt werden. Ziel ist es, dass junge Menschen frühzeitig und kontinuierlich Kompetenzen entwickeln, die es ihnen ermöglichen, in einer sich dynamisch entwickelnden Lebens- und Arbeitswelt bestehen zu können und erfolgreich zu sein.

Darüber hinaus gilt es, den Fokus auf folgende Bereiche zu legen:

- Internationale Schule für die Region Aschaffenburg aufbauen
- Die Digitalisierung an allen Schulen und Hochschulen Unterfrankens vorantreiben
- Lehrerversorgung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sicherstellen
- Digitale Kompetenzen der Lehrkräfte und der Schüler ausbauen

## 6.3 Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen

In Unterfranken sind in den vergangenen Jahren eine Reihe von Projekten angestoßen bzw. realisiert worden. Es gilt, diese Anstrengungen fortzuführen:

- Das erfolgreiche Konzept der THWS Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt mit zweisprachigen Ingenieurstudiengängen zur Gewinnung internationaler Fachkräfte weiter ausbauen (i-Campus).
- Das Konzept der intelligenten Fabrik (i-Factory) mit Zugang von Unternehmen zur Schaffung von Digitalkompetenzen durch schnellen Ausbau des CERi Center für Robotik einschließlich des Robotik-Studiengangs für deutsch- und englischsprachige Studierende an der THWS Technische Hochschule in Schweinfurt voranbringen und hier Raum für Unternehmenskooperationen (Industry on Campus) mit einbringen
- Der Ausbau des Hochschulstandortes Würzburg zum Hotspot für Künstliche Intelligenz (KI-Knoten) inklusive eines Instituts für Data Science an der Universität Würzburg sowie des Kompetenzzentrums für Artificial Intelligence in der Robotik (CAIRO) an der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt
- Bau eines neuen Gebäudes für das CERi Center für Robotik an der THWS Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt

#### 6.4 Weiterbildungsangebote an Hochschulen ausbauen

Die Wirtschaft hat hohen Bedarf an Studienabgängern aus den sogenannten MINT-Studiengängen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Die Hochschulen sollten daher ihre Angebote an berufsbegleitenden Studiengängen, an dualen Studiengängen und an Weiterbildungsangeboten deutlich ausweiten.

Die Hochschulen in Unterfranken sind die Schmieden für Wissen und Fachkräfte. Folgende Projekte sind in Planung oder Aufbau und müssen weiter nachhaltig verfolgt werden:

- i-Campus der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt ausbauen, um dringend benötigte Fachkräfte nach Mainfranken zu bringen
- Mit der i-Factory an der Technischen Hochschule in Schweinfurt die in der Wirtschaft benötigten Ingenieure für intelligente Automatisierungstechnik und Robotik ausbilden.
- Hochschulstandort Würzburg zum Hotspot für Künstliche Intelligenz (KI-Knoten) ausbauen
- Internationalisierung der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt durch weitere Anwerbung international Studierender mittels deutsch- und englischsprachiger Studiengänge (TWIN-Studiengänge) ausbauen. Neben den bestehenden zweisprachigen Programmen Wirtschaftsingenieurwesen, Logistik, Mechatronik und Robotik insbesondere auch die Studiengänge Elektrotechnik, Maschinenbau und Wasserstofftechnik neben Deutsch auch auf Englisch anbieten
- Technologietransferzentren in den Landkreisen Bad Kissingen, Kitzingen und Marktheidenfeld aufbauen, um den ansässigen Unternehmen Zugang zu Transferleistungen der Technischen Hochschulen zu erleichtern
- Studiengang Medical Engineering and Data Science an der TH Aschaffenburg ausbauen

Darüber hinaus sind folgende Aufgaben anzugehen:

- Bessere Zusammenarbeit der Hochschulen in Franken und Entwicklung eines fränkischen Exzellenzclusters
- Schaffung bedarfsgerechten Wohnraums für Studierende an den Hochschulstandorten in Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg. Insbesondere muss die spezielle Situation in Schweinfurt mit über 1.400 internationalen Studierenden berücksichtigt werden. Die Anzahl in Schweinfurt soll mittelfristig auf über 2.000 internationale neben 3.000 nationalen Studierenden anwachsen.

## 6.5 Ansiedelung von Forschungseinrichtungen fördern

Unterfranken zählt zu den zehn führenden High-Tech-Regionen Europas. Seine Stärke als Wissenschafts- und Forschungsstandort ließe sich mit einer engeren Zusammenarbeit der Hochschulen und einer schärferen Profilbildung der Institute noch steigern, um Exzellenz aufzubauen und eine größere Tiefe der Forschungsschwerpunkte zu erreichen. Die unterfränkische Wirtschaft benötigt einen direkten Zugang zu Ergebnissen der Forschung. Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Unterfranken stehen teilweise nicht in regelmäßigem Kontakt zueinander. Für die Unternehmen ist aber ein direkter und unbürokratischer Zugang zu den Hochschulen vor Ort und auch zu überregionalen Einrichtungen, also den Forschungskapazitäten an anderen bayerischen Standorten, wichtig, um innovative Ideen zu entwickeln und zu realisieren.

## 6.6 Technologietransfer intensivieren

Angesichts der hohen Wettbewerbs- und Innovationsintensität ist es wichtig, die Forschungsinfrastruktur weiter auszubauen. Der Freistaat leistet bei Auf- und Ausbau von Technologietransferzentren wichtige Arbeit. Folgende Projekte müssen weiter im Fokus stehen:

- Ausbau des Technologietransferzentrum Elektromobilität (TTZ EMO) in Bad Neustadt
- Aufbau des Technologietransferzentrums Smart Polymer Pipe Solutions (TTZ SPPS) in Haßfurt
- Aufbau eines Technologietransferzentrums Laboranalytik, Medizintechnik in Bad Kissingen
- Aufbau des Technologietransferzentrums Robotik, Künstliche Intelligenz in Kitzingen
- Aufbau eines Technologietransferzentrums Nachhaltige additive und digitale Produktion in Marktheidenfeld
- Aufbau eines Technologietransferzentrums Nachhaltige Energien in Alzenau

## Wissen und Innovation

- Aufbau eines Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA) in Schweinfurt
- Ausbau und Neubau des Gebäudes des CERI Center für Robotik der THWS Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt in Schweinfurt
- Ausbau des Kompetenzzentrums für Künstliche Intelligenz und Robotik (CAIRO) an der THWS Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt und des Zentrums für Künstliche Intelligenz in Forschung und Anwendung (CAIRA) an der Universität Würzburg
- Aufbau des Zentrums Quantum Materials an der Universität Würzburg
- Ausbau des virtuellen Digitalisierungszentrums Präzisions- und Telemedizin (DZ.PTM)
- Überführung des Zentrums für Angewandte Energieforschung (ZAE) Bayern in Würzburg in ein Center für Applied Energy Research (CAE) und Ausbau
- Auf- und Ausbau einer Forschungsfabrik für Microsatelliten für das Zentrum für Telematik (ZfT) in Würzburg
- Ausbau des Zentrums für digitale Innovationen (ZDI) Mainfranken in Würzburg
- Auf-/Ausbau des Instituts für Topologische Isolatoren (ITI) an der Universität Würzburg
- Ausbau des Studiengangs Medical Engineering an der TH Technische Hochschule Aschaffenburg
- Ausbau des Studiengangs Wasserstofftechnik an der THWS Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt in Schweinfurt

## 7 Gesundheit

### Qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und Pflege sicherstellen

#### Zentrale Projekte der Gesundheitsinfrastruktur

---

1. Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Arztpraxen im ländlichen Raum gegenwirken
  2. Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Allgemeinmediziner, um jungen Hausärzten nach der Familienpause den Wiedereinstieg und Weiterbildung zu ermöglichen
  3. Angebote zur stationären und ambulanten Pflege bedarfsgerecht ausbauen
- 

#### 7.1 Ärzteversorgung flächendeckend erhalten

Die flächendeckende medizinische Versorgung durch Ärzte ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Gesundheitsinfrastruktur, gerade in einer ländlich geprägten Region wie Unterfranken.

#### Versorgungsgrad und Bedarfsplanung

---

Maßgeblich zur Beurteilung der Ärzteversorgung je Arztgruppe ist der Versorgungsgrad. Liegt dieser in einer Region bei 100 Prozent, entspricht die tatsächliche Anzahl der dort tätigen Ärzte bzw. Psychotherapeuten der laut Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern benötigten Anzahl.

---

In der nachfolgenden Tabelle 5 ist für ausgewählte Ärztegruppen dargestellt, in welchen Regionen ein niedriger Versorgungsgrad (unter 90 Prozent) vorliegt und somit Handlungsbedarf besteht. In diesem und im nächsten Jahrzehnt wird eine große Anzahl von Ärzten aus Altersgründen nicht mehr praktizieren. Gleichzeitig wird das Patientenaufkommen durch den demografischen Wandel deutlich ansteigen. Auch in Unterfranken gibt es deshalb Ängste vor einem Mangel an Ärzten auf dem Land. Allerdings gab es zuletzt wenige Orte in Bayern mit einer Unterversorgung. Tabelle 8 zeigt: Zu den Regionen mit dem niedrigsten hausärztlichen Versorgungsgrad in Unterfranken zählen die Landkreise um Schweinfurt und Lohr. Bei den HNO-Ärzten sind z. B. die Landkreise Haßfurt und Main-Spessart betroffen. Die Region Kitzingen hat Bedarf an Augenärzten.

Tabelle 5

## Ausgewählte Kennzahlen zur Ärzteversorgung

	<b>Durchschnitts- alter</b>	<b>Ärzte über 60</b>	<b>Gebiete mit niedrigem Versorgungsgrad*</b>
Hausärzte	55,5 Jahre [55,2 Jahre]	39,3 Prozent [35,7 Prozent]	Bad Brückenau (88,9 Prozent) Gerolzhofen (87,4 Prozent) Haßfurt (87,8 Prozent) Lohr am Main (82,4 Prozent) Schweinfurt Nord (80,4 Prozent) Würzburg West (89,1 Prozent)
Kinder-, Jugendärzte	51,5 Jahre [52,6 Jahre]	29,1 Prozent [26,1 Prozent]	
HNO-Ärzte	52,3 Jahre [53,4 Jahre]	34,6 Prozent [33,6 Prozent]	LK Bad Kissingen (89,1 Prozent) LK Haßberge (73,9 Prozent) Landkreis Main-Spessart (51,5 Prozent)
Augenärzte	54,6 Jahre [53,0 Jahre]	37,4 Prozent [33,0 Prozent]	LK Kitzingen (87,5 Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung; KVB-Versorgungsatlanten (Stand: Januar 2023).

In eckigen Klammern jeweils die Durchschnittswerte für Bayern.

\* Bei Fachärzten entspricht das Versorgungsgebiet den Landkreisgrenzen, bei Hausärzten handelt es sich um spezifische, kleinteiligere Versorgungsgebiete.

Es ist Folgendes erforderlich:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Arztpraxen entgegenwirken
- Förderung von Niederlassungen im ländlichen Raum
- Förderung von gemeinsamen Arztpraxen sowie kommunalen und privaten Ärztehäusern als Gemeinschaftseinrichtungen
- Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Notarztwesens
- Schaffung weiterer Lehrstühle für Allgemeinmedizin an der Universität Würzburg
- Ausbau der Studienplätze für Medizin insgesamt
- Ausbau des Studiengangs Hebammenwesen an der Universität Würzburg
- Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Allgemeinmediziner, um jungen Hausärzten nach der Familienpause den Wiedereinstieg und Weiterbildungen zu ermöglichen.

## 7.2 Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen

Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist in Unterfranken zu einem zentralen Thema der Arbeitsmarktpolitik geworden. Der in Unterfranken bis 2040 mit 43,3 Prozent stark

zunehmende Altersquotient (Kapitel 1.2) wird auch die Nachfrage nach Pflegeangeboten deutlich steigen lassen. Diese absehbare demografische Entwicklung fordert die Pflege-landschaft vor Ort heraus. Es wurde bereits eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegesituation angestoßen und umgesetzt. Trotzdem besteht noch Bedarf. Vor allem im Bereich „Selbstbestimmtes Wohnen“ wurden Projekte angestoßen und verwirklicht, die zumindest vorübergehend eine Alternative zu einem Aufenthalt im Pflegeheim darstellen können bzw. vermeiden helfen und den Pflegebedürftigen ermöglichen sollen, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu leben.

Um die Pflegeinfrastruktur zu verbessern, sind folgende Punkte weiter zu verfolgen:

- Erhöhte Einstellung von Pflegepersonal
- Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs
- Erstellung von Konzepten zur Förderung der Laienpflege
- Erstellung von Konzepten zur wohnortnahen Unterbringung von Angehörigen in Betreuungseinrichtungen
- Ausbau flexibler Angebote zur Kurzzeit- und Tagespflege, insbesondere im ländlichen Raum – auch an Tagesrandzeiten und Wochenenden
- Begleitung privater Investitionen in den demografiegerechten Ausbau von Pflegeeinrichtungen durch die Kommunen
- Erleichterung für Beschäftigte im Umgang mit ihren pflegebedürftigen Angehörigen durch Kooperationen von Pflegeeinrichtungen und Arbeitgebern
- Initiativen zur Deckung des Personalbedarfs mit ausländischen Arbeitskräften auf dem Pflegesektor

### 7.3 Krankenhausinfrastruktur erhalten und weiterentwickeln

Eine gute Krankenhausinfrastruktur ist das Rückgrat der medizinischen Versorgung. Die unterschiedlichen Versorgungsstufen der einzelnen Krankenhäuser sichern eine qualitativ gute stationäre Versorgung in Unterfranken und müssen erhalten werden. Die aktuelle Bettenzahl deckt den Bedarf. Die laufende Veränderung der Rahmenbedingungen wie z. B. der medizinisch-technische Fortschritt, Änderungen im Fachrichtungsspektrum, neue ambulant durchführbare Behandlungsmöglichkeiten sowie demografische Entwicklungen erfordern eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung der Krankenhauslandschaft in Unterfranken. Dies gilt auch für Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, deren Bedarf in jedem Fall steigen wird.

### 7.4 Apothekennetz in der Fläche erhalten

Insgesamt ist die flächendeckende Versorgung gegeben. Je 100.000 Einwohner gibt es 24,1 Apotheken in Unterfranken. Das liegt über dem bayernweiten Durchschnitt von 22,3 Apotheken. Die aktuelle Verteilung der Standorte gewährleistet in der Regel akzeptable Anfahrtswege. Gerade im ländlich geprägten und vom demografischen Wandel betroffenen Unterfranken gilt es, dieses Angebot weiter aufrecht zu erhalten.

Allerdings wird die bedarfsgerechte flächendeckende Ausstattung in den nächsten 20 Jahren insbesondere in den ländlichen Räumen zur Herausforderung. Gründe sind u. a. Probleme bei der Gewinnung von Berufsnachwuchs und Inhaber-Nachfolgern sowie der Rückgang der Zahl an niedergelassenen Ärzten.

Hier gilt es, Engpässe zu vermeiden und die Versorgung auch in den ländlichen Regionen durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Apotheken im ländlichen Raum entgegenwirken
- Mobile Apotheken beziehungsweise Fahrdienste von Apotheken

## 7.5 Trinkwasserversorgung sichern

Sauberes und in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehendes Trinkwasser ist für die Gesundheit der Bevölkerung in Unterfranken von höchster Wichtigkeit. Seit einigen Jahren sind in einigen Teilen Bayerns - insbesondere in Unterfranken - teilweise Engpässe in der Trinkwasserversorgung festzustellen. In vielen unterfränkischen Regionen (insbesondere Rhön-Grabfeld, Schweinfurt, Kitzingen etc.) sind aufgrund zunehmend heißer Sommertage verbunden mit hoher Verdunstung die Böden oft ausgetrocknet und die Grundwasserspiegel in den letzten Jahren deutlich gefallen, sodass mittelfristig die Trinkwasserversorgung nicht mehr gesichert erscheint. Etliche Kommunen haben daher bereits Maßnahmen zum Wassersparen angeordnet.

Gärtnereien, die Land-, Wald- und Weinbauwirtschaft sowie viele Produktionsunternehmen benötigen dringend Wasser. Deshalb müssen auch entsprechende Infrastrukturen geschaffen werden, die es ermöglichen, mehr Regen- und Brauchwasser zu sammeln und gegebenenfalls mehrfach zu nutzen. Ebenso muss der Wiederaufbereitung von Wasser mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die dafür erforderlichen Technologien gibt es. Wichtig ist darüber hinaus, dass Wasserspeicher sowie große Wasserleitungen und Pumpsysteme, mit denen Trinkwasser über weitere Strecken aus wasserreichen Regionen (z. B. Südbayern) nach Unterfranken transportiert werden kann, den künftigen Bedarfen entsprechend ausgebaut werden.

## 8 E-Government

### E-Government-Leistungen ausbauen und in die Fläche tragen

#### Zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

---

1. Verfügbare E-Government-Lösungen umgehend einsetzen
  2. Eigenes Ortsrecht digital umsetzen
  3. Register für automatisierten Zugang öffnen
  4. Für Unternehmen wichtige Verfahren bei der Digitalisierung priorisieren
- 

#### 8.1 Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen

Ein zentrales Anliegen an den modernen Staat ist der Abbau bürokratischer Hürden für unternehmerisches Handeln. Verwaltungsprozesse müssen vor allem für Unternehmen deutlich schneller und flexibler werden, die Serviceorientierung der Verwaltung muss ausgebaut werden.

#### Anforderungen von Unternehmen an die Entwicklung von E-Government

---

##### **Grundlegendes**

- Einfacher Zugang zu und schnelle Abwicklung von digitalen Verwaltungsleistungen
- Digitaler Austausch bidirektional, maschinell verarbeitbar
- Datensicherheit und digitale Authentifizierung

##### **Komplexe Services: Prioritäten**

- Digitales Postfach mit Nutzungsrechten; Rechtemanagement mit Einbeziehung von Dienstleistern
- Verknüpfung Postfach ↔ interne IT-Systeme
- Effizienzpotenzial auch in und zwischen Unternehmen heben
- Once Only-Prinzip: öffentlich bereits vorhandene Daten automatisiert einbinden

##### **Digital-Check für neues und aktuelles Recht**

- Wo nötig Digitalisierbarkeit der Verfahren herstellen, etwa durch Wegfall von Schriftformerfordernissen oder unlogischen Anforderungen

##### **Lösungen für Unternehmen priorisieren**

---

Einen wesentlichen Beitrag dazu kann und muss E-Government leisten. Es geht dabei um weit mehr als nur die medienbruchfreie digitale Umsetzung bestehender Verwaltungsverfahren. Verantwortliche in Behörden und Unternehmen müssen durch deutlich weitergehende Schritte Zeit für nicht automatisierbare Tätigkeiten gewinnen. Im Zuge des Umstiegs auf digitale Verfahren gilt es zudem, rechtliche Vorgaben und die Verfahren selbst einfacher zu gestalten.

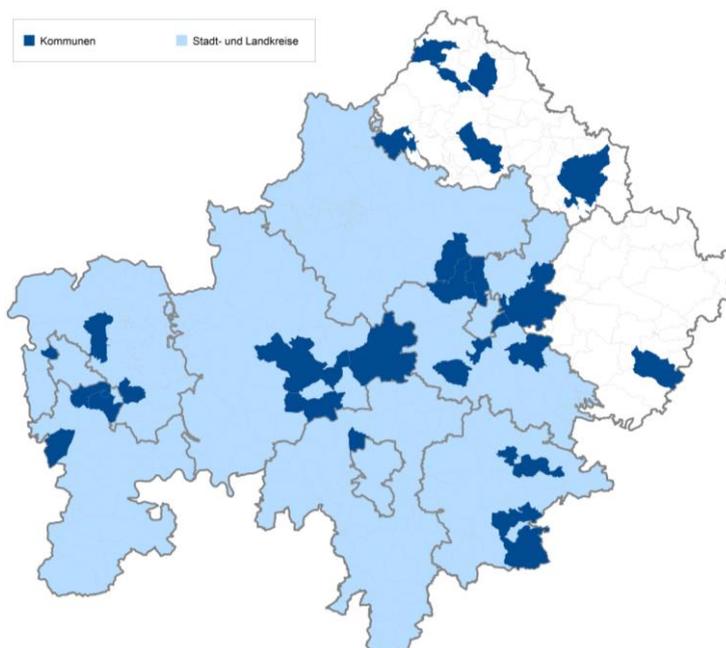
Digitale Verfahren sollten zudem so aufgesetzt sein, dass sich darin verwendete Daten maschinell weiterverarbeiten lassen – nicht nur in Unternehmen und Verwaltungen, sondern wo nötig und sinnvoll auch gegenüber Dritten. Erst damit bringt E-Government den notwendigen breiten Digitalisierungs- und Effizienzschub, den wir davon erwarten.

## 8.2 E-Government – regional und kommunal große Unterschiede

Die vorbereitenden Leistungen für deutschlandweit kompatible E-Governmentangebote müssen Bund und Länder verantworten. Es geht vor allem um gemeinsame Standards und Schnittstellen, einheitliche oder zumindest kompatible Programme und Plattformen, darunter auch das oben genannte Postfach, und um digitale Authentifizierungstools. Die regionale und kommunale Ebene ist vor allem als Anwender gefragt. Hier bewegt sich schon viel, allerdings zeigt Abbildung 3 auch große Unterschiede auf, die deutlich machen: Es ginge schon mehr, man muss es allerdings auch umsetzen.

Abbildung 3

Digitale Ämter – Kommunen, Stadt- und Landkreise in Unterfranken



Quelle: Eigene Darstellung; nach Angaben des Staatsministeriums für Digitales.

Abbildung 2 zeigt die Kommunen, Stadt- und Landkreise in Unterfranken, denen der Freistaat Bayern bereits die Auszeichnung „Digitales Amt“ verliehen hat. Sie alle haben bereits mindestens 50 zentrale bzw. kommunale Online-Verfahren über das Bayern-Portal verlinkt. In Unterfranken besteht noch bei vielen Kommunen Nachholbedarf sowie in den Landkreisen im Nordosten des Regierungsbezirks.

Dieser Weg muss weiter gegangen werden, bis jede Leistung, die sich digital anbieten lässt, überall auch entsprechend angeboten wird.

### 8.3 Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene

Vor diesem Hintergrund ergeben sich aus Sicht der Wirtschaft für die regionale und kommunale Entwicklung von E-Government klare Prioritäten:

Erstens gilt es, schon einführbare Lösungen für E-Government flächendeckend einzusetzen und neue Lösungen dann, wenn sie verfügbar sind, umgehend einzuführen. Beispiele dafür sind:

- als verfügbare Lösungen die Bauplanung und -genehmigung, das Angebot, Rechnungen an die Verwaltung als E-Rechnungen auszustellen oder der gerade eingeführte elektronische Gewerbesteuerbescheid,
- als hoffentlich bald verfügbare Lösungen ein elektronischer Grundsteuerbescheid, Eintragungen, Änderungen und Löschung im Grundbuch oder die weitestgehend automatisierte Genehmigung vorübergehender Baustelleneinrichtung im öffentlichen Raum

Zweitens gilt es, in allen kommunalen Gebietskörperschaften auch das eigene Ortsrecht auf Digitalisierbarkeit zu überprüfen, ggf. daraufhin anzupassen und dann ebenfalls in elektronische Lösungen umzusetzen.

Drittens sollten auch kommunale Register für automatisierten digitalen Zugriff geöffnet werden, sobald dafür im Zuge der Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes die notwendigen Formate / Schnittstellen verfügbar gemacht wurden.

Viertens gilt es auch auf kommunaler Ebene, vorrangig Verfahren anzugehen, deren Digitalisierung den Unternehmen Hindernisse aus dem Weg räumt.

## Anhang

---

### Energie

- vbw Position *Versorgungssicherheit für Bayern*, November 2022
- vbw Position *Aufbau der Wasserstoffwirtschaft*, Mai 2023
- vbw Position *Digitalisierung der Energiewirtschaft*, April 2023
- Studie *Folgen einer Lieferunterbrechung von russischem Gas für die deutsche Industrie*, Juni 2022
- Studie *Strompreisprognose*, September 2022
- Studie *Monitoring der deutschen Gasbilanz*, September bis Mai 2023
- Studie *Monitoring der deutschen Gasbilanz – Auswirkungen auf die Industrie*, November 2022
- Studie *11. Monitoring der Energiewende*, Januar 2023
- Studie *Bayernplan Energie 2040*, April 2023 (Kooperation mit VBEW)

### Klima

- Studie *Mehrinvestitionen für Klimaschutz in Bayern*, August 2022
- Studie *Klimapolitik nach Sharm El Sheikh*, Dezember 2022
- vbw Position *Klimapolitik*, Mai 2023

### Mobilität

- vbw Position *Mobilitätssystem für morgen – leistungsfähig, intermodal, digital*, Juli 2020
- vbw Position *Luftverkehr – fit für die Zukunft*, Mai 2022
- vbw Position *Moderne Verkehrsinfrastruktur*, Januar 2023

### Bildung und Innovation

- vbw Position *Vorschule und Schule*, Dezember 2022
- vbw Position *Hochschulen*, Dezember 2022
- vbw Position *Berufliche Bildung*, Oktober 2022
- vbw Position *Betriebliche Weiterbildung*, Oktober 2022
- *Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft TechCheck 2019. Technologien für den Menschen, Handlungsempfehlungen*, Juli 2019

### Digitale Netze und E-Government

- vbw Position *Digitale Netze*, Januar 2023
- vbw Studie *Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen*, Januar 2023
- vbw Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern*, Januar 2023
- vbw Studie *Förderung von Gigabitnetzen*, Juni 2022
- vbw Position *Der digitale Freistaat*, November 2022
- vbw Studie *Das digitale Festnetz in Bayerns Regionen 2021*, August 2022
- vbw Position *Der digitale Freistaat*, November 2022

[Anhang](#)

### Gesundheit und Pflege

- vbw Position *Leitlinie für ein Gesundheitssystem der Zukunft*, Mai 2023
- vbw Studie *Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen*, Juli 2018
- Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft: *Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen – Analyse und Handlungsempfehlungen*, Juli 2018

## Ansprechpartner/Impressum

---

### Michael Bischof

Geschäftsführer  
Bezirksgruppe Unterfranken  
vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Telefon 0931 32-209-0  
[michael.bischof@vbw-bayern.de](mailto:michael.bischof@vbw-bayern.de)

### Volker Schilling

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-268  
[volker.schilling@vbw-bayern.de](mailto:volker.schilling@vbw-bayern.de)

### Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

### Herausgeber

**vbw**  
Vereinigung der Bayerischen  
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5  
80333 München

[www.vbw-bayern.de](http://www.vbw-bayern.de)

© vbw Juni 2023